

Herr Alfons Buchholz
Frau Astrid Eibelshäuser
Herr Egon Fritz
Herr Dieter Geißler
Frau Dietlind Grabe-Bolz
Frau Monika Graulich
Frau Eva Janzen
Herr Rolf Krieger
Herr Klaus-Philipp Lange
Herr Johannes Loheide
Herr Gerhard Merz
Herr Wolfgang Sahmland
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Prof. Dr. Heinrich
Brinkmann
Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Maren Kolkhorst
Herr Christian Otto
Frau Sarah Sánchez Miguel
Frau Dr. Bettina Speiser
Frau Gerda Weigel-Greilich

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki
Herr Kenneth Pukownick
Herr Tjark Sauer

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	(bis 00:25 Uhr)
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat	
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat	
Herr Wolfgang Ise	Stadtrat	
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat	
Frau Annelore Kühr	Stadträtin	
Frau Hannelore Don	Stadträtin	
Herr Dr. Fritz Fiedler	Stadtrat	
Frau Marianne Heyne	Stadträtin	

Von der Verwaltung:

Herr Hartmut Heidl	Dezernat I	
Herr Dietrich Metz	Leiter Rechtsamt	
Herr Herbert Römer	Stellv. Leiter Haupt- und Personalamt	(bis 19:30 Uhr)
Herr Rudolf Herrmann	Stellv. Leiter Stadtplanungsamt	(bis 00:10 Uhr)

Vom Ausländerbeirat

Herr Edin Muharemovic

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Heinz-Peter Wernert	Stadtrat
--------------------------	----------

Stadtverordnetenvorsteher Gail eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Stadtverordnetenvorsteher Gail gratuliert Herrn Stv. Oswald (CDU) im Namen der Stadtverordnetenversammlung zum Geburtstag.

Des Weiteren erinnert er in aller Form an den 26. Mai 1946, an diesem Tag wurde nach Kriegsende wurde die 1. Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen gewählt, die dann am 27. Juni 1946 zum ersten Mal tagte.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stadtverordnetenvorsteher Gail fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Stv. Koch-Michel bittet, die Tagesordnungspunkte 13 (Vorlage STV/0086/2006), 14 (Vorlage STV/0088/2006), 15 (Vorlage STV/0090/2006), 16 (Vorlage STV/0124/2006), 17 (Vorlage STV/0135/2006), 19 (Vorlage STV/0159/2006), 20 (Vorlage STV/0161/2006) und 21 (Vorlage STV/0171/2006) im Teil B der Tagesordnung zu behandeln.

Vorsteher schlägt vor, die Tagesordnungspunkte im Anschluss an die Vorlage STV/0173/2006 (Gießen-Pass - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.06.2006) zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Außerdem beantragt **Stv. Koch-Michel** dass die Tagesordnungspunkte 37 (Vorlage STV/0109/2006), 38 (Vorlage STV/0113/2006), 39 (Vorlage STV/0114/2006), 40 (Vorlage STV/0115/2006) und 42 (Vorlage STV/0189/2006) aus dem nichtöffentlichen Teil in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Stv. Janitzki beantragt zusätzlich, dass auch die Tagesordnungspunkte 36 (Vorlage STV/0097/2006) und 41 (Vorlage STV/0116/2006) des nichtöffentlichen Teils in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Stv. Möller spricht formal gegen die Anträge von Stv. Koch-Michel und Stv. Janitzki.

Die Anträge, die Tagesordnungspunkte 36 bis 42 in öffentlicher Sitzung zu behandeln, werden mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/Stv. Koch-Michel)

Stv. Koch-Michel beantragt, dass direkt im Anschluss an die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Magistrats (TOP 2), deren Einführungen und Verpflichtung, Aushändigung der Ernennungsurkunden und die Vereidigung erfolgen solle. Dies sei erst im Anschluss an die nichtöffentliche Sitzung vorgesehen.

Stv. Möller spricht gegen den Antrag.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/1 LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: 3 LINKE)

Stv. Bietz bringt für die SPD-Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag ein:
„Keine Abschiebungen im RP Gießen bis zur Neuregelung des Bleiberechts“.

Stv. Scherer spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages.

Die Dringlichkeit des Antrages wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW;
Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden,
stellt **Vorsteher** fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde
2. Wahl Ehrenamtliche Mitglieder des Magistrats gemäß § 39a Absatz 1 HGO
3. Wahl von Stadtverordneten für städtische Kommissionen STV/0142/2006
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -
4. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds STV/0143/2006
der Regionalversammlung für die Planungsregion
Mittelhessen
- Antrag des Magistrats vom 07.06.06 -
5. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in STV/0144/2006
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Kommunalen
Gebietsrechenzentrums Kommunale
Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen)
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -
6. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in STV/0145/2006
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes
Gießen
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -
7. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in STV/0146/2006
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 8. | Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für den Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - | STV/0147/2006 |
| 9. | Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Versammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - | STV/0148/2006 |
| 10. | Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Versammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - | STV/0149/2006 |
| 11. | Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen | STV/0153/2006 |

Teil A:

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 12. | Übergangsregelung für die Ausgestaltung des bedarfsgerechten Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren
- Antrag des Magistrats vom 06.03.2006 - | STV/0037/2006 |
| 13. | Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.06.2006 - | STV/0158/2006 |
| 14. | Einrichtung eines Ferienausschusses
- Antrag des Ältestenrates vom 27.06.2006 - | STV/0199/2006 |

Teil B:

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 15. | Proteste der Studierenden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0170/2006 |
| 15.1. | Proteste in Gießen gegen die Studiengebühren
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0172/2006 |

- | | | |
|-------|---|---------------|
| 16. | Anhörung zum Programm "Unterrichtsgarantie plus" der Hessischen Landesregierung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.05.2006 - | STV/0140/2006 |
| 16.1. | "Unterrichtsgarantie plus"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0169/2006 |
| 17. | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO (Hochbauamt)
- Antrag des Magistrats vom 7. Juni 2006 | STV/0066/2006 |
| 18. | Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 - | STV/0192/2006 |
| 19. | Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 14.06.2006 - | STV/0173/2006 |
| 20. | Bebauungsplan GI 04/18 "Seltersberg I";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2006 - | STV/0086/2006 |
| 21. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 04/20
"Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrum Frankfurter Straße/Hofmannstraße";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2006 - | STV/0088/2006 |
| 22. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 05/15
"Krofdorfer Straße/Leimenkauter Weg";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2006 - | STV/0090/2006 |

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 23. | Übertragung der Zuständigkeit für Abwasserentsorgung im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Auf der Hardt" auf die Gemeinde Heuchelheim
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2006 - | STV/0124/2006 |
| 24. | Errichtung einer Kindertagesstätte im Baugebiet Schlangenzahl
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 - | STV/0135/2006 |
| 25. | Neuer Friedhof - Schaffung von wettergeschützten Unterstellmöglichkeiten -
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0159/2006 |
| 26. | Neugestaltung Marktplatz, Marktstraße und Neustadt
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0161/2006 |
| 27. | Aufstellen der Skulptur "Kraniche"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2006 - | STV/0171/2006 |
| 28. | Kostenfreies letztes Kindergartenjahr
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0151/2006 |
| 29. | Umgestaltung und Aufwertung des Katharinenplatzes
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0160/2006 |
| 30. | Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 | STV/0162/2006 |
| 31. | Internetübertragung der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0166/2006 |
| 32. | Vermarktung der freiwerdenden gewerblich nutzbaren Flächen im US-Depot
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0167/2006 |
| 33. | Sanierung der Außenfassade der Goetheschule
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - | STV/0168/2006 |
| 34. | Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 - | STV/0070/2006 |

35. Verschiedenes

Nicht öffentliche Sitzung (TOP 36 - 44).

Öffentliche Sitzung:

45. Einführung und Verpflichtung der gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 36 Absatz 1 HGO)
- 45.1. Aushändigung der Ernennungsurkunden an die gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Oberbürgermeister (§ 9 HBG)
- 45.2. Vereidigung der gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Stadtverordnetenvorsteher (§ 186 HBG in Verbindung mit § 72 HBG)

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde

❖ **Stv. Zippel, FW-Fraktion:**

Im Anschluss an die genehmigte Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren am 31.05.2006 kam es im Stadtgebiet zu Randalen, Sachbeschädigungen, Störungen im Straßenverkehr und zur kurzzeitigen Besetzung des Stadtbüros. **Ich frage** gem. § 29 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen in diesem Zusammenhang **den Magistrat:** „*Gab es im Vorfeld der Demonstration Absprachen zum Schutz städtischer Gebäude; wenn ja durch wen, mit welchen Institutionen, und welche Absprachen wurden zur Absicherung getroffen?*“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„*Im Vorfeld der Demonstration gab es keine Absprachen zum Schutz städtischer Gebäude. Weder der Polizei, noch der Versammlungsbehörde lagen Erkenntnisse vor, die darauf schließen ließen, dass gewaltbereite Personen aus der Versammlung heraus bzw. nach Beendigung der Versammlung Straftaten begehen.*“

1. Zusatzfrage:

„Wie bewertet der Magistrat allgemein die rechtliche Situation der Besetzung des Stadtbüros im Rahmen der nicht mehr genehmigten Demonstration, sowie die Beteiligung eines Stadtverordneten an der Stadtbürobesetzung?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Mit Hinweis auf das laufende Ermittlungsverfahren möchte ich hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine Stellungnahme abgeben.“

2. Zusatzfrage:

„Was gedenkt der Magistrat der Stadt Gießen zu unternehmen, um in Zukunft städtische Liegenschaften u. a. bei Demonstrationen besser zu schützen?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Im Rahmen eines Gespräches mit dem AStA der Justus-Liebig-Universität wurde über diese Frage gesprochen, jedoch kam man zu keinem Ergebnis. Grundsätzlich ist es nicht möglich, im Rahmen von Demonstrationen alle städtischen Liegenschaften zu schützen.“

Zusatzfrage von Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion:

„Teilt Herr Oberbürgermeister Haumann die Auffassung von Herrn Zippel, dass im Anschluss an die genehmigte Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren es im Stadtgebiet zu Randale und Sachbeschädigungen kam. Wenn er diese Einschätzung teilt, dann bitte ich ihn, dass kurz an Beispielen zu erläutern.“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die Antwort ist ja. Beispiele haben Sie in der Zeitung nachlesen können.“

❖ **Stv. Schlotmann, SPD,-Fraktion:**

„Wird das Ersatz-Wartehäuschen nach dem Rückbau wieder vor dem Café Rühl aufgestellt oder erhält es einen anderen Platz?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Das veränderte "Wartehäuschen" wird auf der rechten Seite des Hauses Marktplatz 1 um die bestehenden Elektroinstallationen und Trafokästen wieder aufgebaut. Daneben soll dann auch noch eine Bank aufgestellt werden.“

1. Zusatzfrage:

„Der Betreiber des Café Rühl möchte ein Außencafé unter dem dicken Baum betreiben. Erhält er die Erlaubnis dazu?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Die Betreiberin des Cafés hat eine Außenbewirtschaftung unter dem Baum vor dem Stadtwerke-Infobüro beantragt. Bei einem Ortstermin wurde einvernehmlich

ein Standort für die Außenbewirtschaftung festgelegt. Die dazu erforderlichen Erlaubnisse werden umgehend erteilt.“

2. Zusatzfrage:

„Wie hoch sind insgesamt die Kosten für den sogenannten ‚Sternenhimmel‘, der kaum als solcher wahrgenommen wird?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Für den sog. "Sternenhimmel" sind Kosten von ca. 18.000 € angefallen. Durch Wegfall anderer Maßnahmen sind Kosten von mehr als 40.000 € entfallen.“

❖ **Stv. Geißler, FW-Fraktion:**

Bezug nehmend auf die weitere Vergrößerung des Mitarbeiterstabes von Herrn Oberbürgermeister Haumann **frage ich** gem. § 29 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen **den Magistrat:** „Wurde die, mittlerweile besetzte, Stelle der wissenschaftlichen Mitarbeiterin des Herrn Haumann intern oder öffentlich ausgeschrieben?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann: „Nein.“

1. Zusatzfrage: „Wenn nein, warum nicht?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die wissenschaftliche Mitarbeiterin sitzt auf der Stelle der seit drei Jahren nicht besetzten Stelle der/des Persönlichen Referenten/in des Oberbürgermeisters. Entsprechend der bisherigen Verfahrensweise bei der Besetzung des direkten Mitarbeiters des Oberbürgermeisters wurde auf eine Stellenausschreibung verzichtet.“

❖ **Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion:**

Im Büro des Oberbürgermeisters Haumann wurde eine Stelle neu besetzt. **Frage:** „Mit welcher Stellenbeschreibung, welcher Vergütung, welchen Aufgabenbereichen und auf welche Stelle im Stellenplan erfolgte die Besetzung der Stelle?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Frau Ott ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin (Entgeltgruppe 11) schwerpunktmäßig für die projektbezogenen konzeptionellen Aufgaben Beteiligungsmanagement, Wirtschaftsförderung - Bildung eines Clusters im Bereich Medizintechnik - und Familienförderung zuständig. Die seit drei Jahren nicht besetzte Stelle des/der Persönlichen Referenten/in wird dazu herangezogen.“

1. Zusatzfrage:

Zu der Stellenbesetzung gibt es widersprüchliche Aussagen dahingehend, ob sie die Funktion einer persönlichen Referent/innen- oder die einer wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innenstelle einnimmt.

„Wird sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin geführt, möge der Magistrat Auskunft darüber geben, warum sie bis zum Jahre 2009, also bis zum Ende der Amtszeit des Oberbürgermeisters, befristet ist und wann die Ausschreibung stattgefunden hat.“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die wissenschaftliche Mitarbeiterin sitzt auf der Stelle der seit drei Jahren nicht besetzten Stelle der/des Persönlichen Referenten/in des Oberbürgermeisters. Entsprechend der bisherigen Verfahrensweise bei der Besetzung des direkten Mitarbeiters des Oberbürgermeisters wurde auf eine Stellenausschreibung verzichtet.“

2. Zusatzfrage:

„Finden Sie es nicht etwas denkwürdig, Herr Oberbürgermeister, dass Sie wissenschaftliche Mitarbeiter/-innenstellen besetzen können, während Sie keinen Cent für Erzieher/-innenstellen ausgeben wollen?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann: „Nein.“

❖ **Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion:**

Die folgenden Fragen resultieren aus der Befürchtung, dass die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes ein ähnlich unansehnliches und für unsere Stadt unrühmliches Erscheinungsbild annehmen könnte wie der Marktplatz.

„Auf welche Weise gedenkt der Magistrat Fachleute und am dortigen Bus- und Bahnverkehr interessierte Menschen in die Planung einzubeziehen?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Der Magistrat beabsichtigt, auch bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes wieder eine so umfängliche Beteiligung der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Gremien vorzunehmen wie dies beim Marktplatz über viele Monate erfolgt ist. Die dort veranstalteten Anliegerversammlungen, Versammlungen der Geschäftsleute, Führungen über die jeweiligen Baufelder, Erläuterungen mit Modell in einem Baucontainer, sind am Marktplatz so gut angekommen, dass sie in ähnlicher Form auch für den Bahnhofsvorplatz vorzusehen sein werden. Ein Konzept hierfür liegt jedoch heute noch nicht vor.“

1. Zusatzfrage:

„Auf welche Weise gedenkt der Magistrat die zumindest unnütze Steuergeldausgabe wie am Marktplatz mit dem Auf- und dann Abbau des Warthauses vor dem Café Rühl zu verhindern?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Da bisher noch keine weitergehenden Planungen für den Bahnhofsvorplatz

vorliegen, erwartet der Magistrat nicht, dass mit den Planungen unnütze Steuergeldausgaben verbunden sind.“

2. Zusatzfrage:

„Liegen bereits erste Überlegungen zur Gestaltung des Platzes vor und bis zu welchen Grenzen sind Kosten eingeplant?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Die ursprünglich vor ca. 6 Jahren in einem Wettbewerbsverfahren entwickelten Planungen zum Bahnhofsvorplatz müssen nunmehr auf die jetzt tatsächlich von der Stadt erworbene Grundfläche übertragen werden. Dabei müssen insbesondere Lösungen für die Bereiche gefunden werden, die bisher als planerisch ungenügend gelöst angesehen wurden bzw. wo die Planungen nicht mit den verfügbaren Grundstücksflächen übereinstimmen. Da die alten Planungen von einer Gesamtsumme von ca. 7,5 Mio DM ausgingen, es sich bei dieser Kalkulation jedoch nur um eine Grobberechnung handelte, muss im jetzt beginnenden detaillierteren, neuen Planungsverfahren auch eine neue Kostenschätzung erfolgen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass das alte Wettbewerbsverfahren noch nicht mit anderen denkbaren Kostenträgern so abgesprochen war, dass man einen konkreten städtischen Anteil hätte ausrechnen können. Das heißt, es müssen komplett neue Überlegungen bei der Planung, aber auch bei den Kosten und Beteiligungen erarbeitet werden, um einen konkreten städtischen Anteil an der Gesamtmaßnahmen benennen zu können.“

❖ **Stv. Merz, SPD-Fraktion:**

Die Arbeitsbe- und überlastung des ASD im Jugendamt ist allen bekannt. **Ich frage den Magistrat:** *„Ist es richtig, dass bis zu 3 Stellen für längere Zeit in den Jahren 2005/2006 unbesetzt gewesen sind? Wenn ja, warum?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„In den Jahren 2005/2006 waren bis zu drei Stellen für eine mittelfristigen Zeitraum nicht besetzt. Es handelt sich um befristete Stellen, deren Wiederbesetzung auf der Grundlage der Absprachen mit dem Personalrat und der üblichen Verfahrensweise der Gesamtverwaltung durchgeführt wurde.“

1. Zusatzfrage:

„Wie kann der Magistrat garantieren, dass so etwas nicht wieder vorkommt?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Dies kann der Magistrat unter den geltenden Vorgaben nicht garantieren.“

❖ **Stv. Bietz, SPD-Fraktion:**

In der Stadtverordnetensitzung am 08.12.05 wurde mehrheitlich beschlossen, die Koordinationsstelle für interkulturelle Erziehung in den Kindertagesstätten wieder zu besetzen. **Ich frage den Magistrat:** *„Ist diese Stelle wieder besetzt oder*

ausgeschrieben? Wenn nein, beabsichtigt der Magistrat eine Wiederbesetzung und wann?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Die Stelle ist derzeit nicht besetzt und auch nicht ausgeschrieben. Nach Erarbeitung eines Konzeptes ist daran gedacht, die Stelle wieder zu besetzen.“

❖ **Stv. Schmidt, SPD-Fraktion:**

In der Stadtverordnetensitzung am 02.02.06 wurde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, dass nach Genehmigung des Haushalts unverzüglich Verträge - soweit noch nicht geschehen - mit den Trägern freiwilliger Leistungen abgeschlossen werden sollen. **Ich frage den Magistrat:**

„Mit welchen der folgenden Vereine/Verbände sind Verträge rechtsgültig abgeschlossen? AG Rauschmittelprobleme, AIDS-Hilfe, Aktion Junge Menschen in Not, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, Pro Familia, Wildwasser, IJB, Jugendwerkstatt, Projektgruppe Margaretenhütte, Eltern helfen Eltern, Kinderschutzbund, Erziehungsberatungsstelle Caritas, Gemeinwesenarbeit Eulenkopf, Hausaufgabenhilfe (Caritas), Migrationsberatung (Caritas), Gemeinwesenarbeit Weststadt, Evangl. Familienbildungsstätte?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Ich möchte zunächst vorausschicken, dass es sich bei den Angeboten, für die die Stadt mit den freien Trägern Vertragsabschlüsse anstrebt, entgegen der Formulierung in der Frage des Herrn Stadtverordneten Schmidt im Bereich der Jugendhilfe nicht um freiwillige Leistungen, sondern um Pflichtleistungen dem Grunde nach handelt.

1. Im Bereich des Jugendamtes wurde mit Wildwasser Gießen e.V. ein rechtsgültige Vertrag abgeschlossen.
2. Mit folgenden Trägern bzw. Einrichtungen wurden die Verträge seitens des Jugendamtes und Sozialamtes bereits ausverhandelt und befinden sich z. Zt im Umlauf zur Mitprüfung durch Rechtsamt, Kämmerei und Revisionsamt. Sie werden im Anschluss daran dem Magistrat zur Beschlussfassung vorgelegt: AG Rauschmittelprobleme e.V.; Aktion Junge Menschen in Not e.V. (für „AKTINO“), Initiative für Jugendberufsbildung der sozialen Brennpunkte in Gießen e.V. (IJB), Evangelische Familien-Bildungsstätte in Gießen Wieseck, AIDS-Hilfe, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, Pro Familia und (ergänzt) Schuldnerberatung in der Weststadt.
3. Mit dem Kinderschutzbund Gießen soll ein Abschlussgespräch am 11.07.06 stattfinden. Danach soll der Vertrag zur Mitprüfung an die o. g. Ämter gehen.
4. Die Verträge und Leistungsbeschreibungen von Eltern helfen Eltern e.V. und Jugendwerkstatt Gießen e.V. befinden sich in der Endredaktion.

5. *Caritas, Diakonisches Werk und Margaretenhütte (Gemeinwesenarbeit) benötigen noch mindestens einen Zusatztermin für die Vereinbarung zur Umsetzung des § 8a SGB VIII (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung). Dieser Termin soll am 15.08.06 unter Hinzuziehung einer Juristin des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau stattfinden.*
6. *Zum Verhandlungsstand mit dem Caritasverband, insbesondere zur Erziehungsberatungsstelle, ist zu berichten, dass noch eine Reihe sehr grundsätzlicher und schon bereits über einen länger andauernden Zeitraum nicht zu klärender Themen zu verhandeln sind. Das Jugendamt stellt sich daher auf zeitintensive Vertragsverhandlungen ein. Hinsichtlich der Zeitplanung sollen zunächst die Vertragsverhandlungen mit den anderen Trägern abgeschlossen werden, um dann wieder die entsprechenden Verhandlungen mit dem Caritasverband aufzunehmen. Für das Angebot der Hausaufgabenhilfe möchte der Caritasverband keinen Vertrag abschließen.*
7. *Für die Migrationsberatung, die zur Zeit aufgrund der auf den Bedarf abgestimmten Konzeption vom Caritasverband wahrgenommen wird, soll kein leistungsorientierter Zuwendungsvertrag abgeschlossen werden. Der im Haushalt 2006 eingestellte Zuschussbetrag ist mittlerweile an den Caritasverband überwiesen worden.“*

1. Zusatzfrage:

„Wenn Verträge noch nicht abgeschlossen wurden, wann werden sie abgeschlossen?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Sobald die inhaltlichen Verhandlungen, insbesondere auch zu § 8a SGB VIII, abgeschlossen sind, werden die entsprechenden Unterlagen (Vertrags- und Leistungsbeschreibungs-Entwürfe) dem Rechtsamt, dem Revisionsamt und der Kämmerei zur Mitprüfung zugehen und nach erfolgter interner Abstimmung dem Magistrat vorgelegt.“

❖ **Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion:**

„Welche Arten von Schäden sind an der Außenfassade des Stadtbüros in Zusammenhang mit der Demonstration am 31. Mai 2006 entstanden?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die Fassade am Gebäude Bismarckstraße 5 wies Verschmutzungen durch Eier und Fußsohlenabrieb auf. Auch musste eine verkratzte Scheibe in der Außentür ersetzt werden.“

1. Zusatzfrage:

„Wieso trägt der Mieter die Kosten für die Reinigung der Außenfassade und/oder die Reparaturkosten der Außenrampe und wieso trägt sie nicht der Vermieter?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Der bestehende Mietvertrag regelt, dass der Mieter gegenüber dem Vermieter für Schäden haftet, die durch Angehörige und Besucher der Dienststelle schuldhaft verursacht werden. Da das Ermittlungsverfahren noch läuft, möchte ich hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine endgültige Stellungnahme abgeben.“

2. Zusatzfrage:

„Stammen die Angaben über die Schadenshöhe für die Außenfassade und der Außenrampe - wie sie vom OB im Haupt-Ausschuss bei der Beantwortung einer Bürgerfrage genannt wurden - aus einem eingeholten Gutachten oder aus den Forderungen der Fa. Faber & Schnepf, die gleichzeitig als Vermieter und als die Firma fungiert, der die Reparatur der Schäden übertragen worden ist?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die angenommene Höhe des Schadens an der Außenfassade des Gebäudes und dem Geländer vor dem Stadtbüro beruhte auf einem am 07. Juni 2006 mit dem Prokuristen des Bauunternehmens Faber und Schnepf (Hauseigentümer) geführten Gespräch.“

3. Zusatzfrage der Fraktion:

*„Welche monatliche Miete muss die Stadt Gießen für die Räume des Stadtbüros (Einwohnermeldeamt), Bismarckstr. 5
a) pro Quadratmeter und b) insgesamt bezahlen?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Da die Miethöhe zwischen den Parteien frei vereinbar ist, werde ich in einer öffentlichen Sitzung dazu keine Angaben machen. Schutz der jeweiligen Vertragsparteien.“

Stv. Janitzki: *„Das verstehe ich, dann bitte ich Sie, dass nachher im nicht öffentlichen Teil zu beantworten. Ich danke Ihnen.“*

❖ **Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion:**

*Ursprünglich waren es "nur" 2,7 Millionen Euro, die der Ausbau der Osthalle kosten sollte.“ (Giessener Anzeiger vom 27.06.06). Laut Haushaltsplan 2006, der im Februar beschlossen wurde, beliefen sich die Gesamtkosten für den Umbau der Osthalle auf 3.578.000 €. Inzwischen werden die Gesamtkosten mit ca. 4.700.000 € beziffert. **Ich frage den Magistrat:** „Wer hat welche Kosten zu welchem Zeitpunkt ermittelt, die dann zum Zuschussantrag des Landes ermittelt wurden?“*

Antwort Stadtrat Rausch:

„Der erste genannte Betrag wurde als Planungsgrundlage vom Hochbauamt ermittelt. Die danach mitgeteilte und im Haushaltsplatz 2006 beschlossene Summe der Gesamtkosten für den Umbau der Osthalle zu einem

Basketballleistungszentrum wurde vom beauftragten Architektenbüro ermittelt. Die in der vergangenen Woche mitgeteilten neuen Gesamtkosten beinhalten noch Zusatzleistungen bei einer Vielzahl unvorhergesehener Positionen (s. umfängliche Auflistung aus Vorlage STV/0066/2006), die sich auch aus dem weiteren Baufortschritt und den dort aufgetanen Schwierigkeiten ergeben haben. Um den Baufortschritt nicht zu gefährden, waren die aufgelisteten Positionen auch entsprechend erforderlich. Diese Zusatzkosten wurden unter Federführung des Hochbauamtes und mit dem beauftragten Planungsbüro zum jetzigen Zeitpunkt ermittelt. Im Übrigen wird mitgeteilt, dass es einen klassischen Zuschussantrag so nicht gegeben hat, sondern eine Zuschussbeantragung aus dem Sonder- Investitionsprogramm "Sportland Hessen" für die Herrichtung eines Basketballleistungszentrums gestellt wurde. Hierzu wird auch auf die beigelegte frühere Presseerklärung vom 24.10.2005 verwiesen."

1. Zusatzfrage:

„Ist der Bau durchgängig vom gleichen Architekten bzw. Planer betreut worden? Wenn ja von welchem?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Ja. Nach der entsprechenden Beauftragung. Der Name lautet Architektur Concept Pfaffhausen und Staudte GbR, 08056 Zwickau.“

2. Zusatzfrage:

„In welchem finanziellen Rahmen beteiligt sich der Bundesligaclub Gießen 46ers an den Kosten der Baumaßnahmen bzw. welchen finanziellen Umfang haben die Baumaßnahmen, die primär den Bundesligaclub Gießen 46ers betreffen (z.B. VIP Bereich etc.)?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Bei der Erweiterung und dem Ausbau der Gießener Schulsporthalle 'Osthalle' zu einem Basketballleistungszentrum, welches z. B. auch für den Handballsport genutzt werden kann, handelt es sich um eine städtische Maßnahme, die mit einem großzügigen Zuschuss des Landes zu den Ausbaukosten versehen wurde. Eine Beteiligung der 46ers an den Kosten der Baumaßnahmen war nicht vorgesehen, da die Halle weiterhin Besitz und Eigentum der Stadt bleiben soll. Die vielfältig zu nutzenden Nebeneinrichtungen der neuen Halle, hier insbesondere die der Zuschauerversorgung, lassen sich grob mit rd. 1,2 Mio. € beziffern. Dabei muss aber die Funktionalität dieser Baumaßnahmen zur Zuschauerversorgung hervorgehoben werden, da z. B. die Erweiterung der Foyers auch für die Ganztagesversorgung (Mittagsverpflegung) der Schüler der Ostschule vorgesehen ist und es in der Halle bisher nur sehr ungenügende Versorgungsmöglichkeiten gab. Dies war dauerhaft bei 4.000 Zuschauerplätzen so nicht akzeptabel. Andere Bereiche, wie z. B. Mannschaftsunterkünfte etc. gehören zum Standard eines solchen Basketballleistungszentrums und dienen den jeweiligen Heimmannschaften für ihre Unterbringung, sportliche Betreuung und das sonstige sportliche Umfeld.“

2. Zusatzfrage:

„Noch eine kurze Zusatzfrage zu der Architektur bzw. zum Architekten, welche Kosten sind durch die Hinzuziehung des Architekten entstanden?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Hier sind die üblichen Kosten anzusetzen, die nach HOAI erforderlich sind.“

Zusatzfrage der SPD-Fraktion (Stv. Tanriverdi):

„Ich frage den Magistrat, ob die Stadt Gießen ausschließen kann, dass keine weiteren Kosten für den Ausbau der Osthalle auf die Stadt zukommen und ob durch die insolvente Firma die u. a. die Osthalle baut, irgendwelche Nachteile für die Stadt entstanden sind?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt Gießen kann natürlich und der Magistrat kann natürlich nie zusichern, dass bis zur endgültigen Fertigstellung und Abrechnung keine Zusatzkosten welcher Art auch immer entstehen. Es können Baustellenschäden entstehen, die wir nicht vorhersehen, wenn uns jetzt große Regengüsse bevorstehen würden, kann es irgendwo reinregnen und das geht letztendlich auch ein Stück weit zu Lasten der Stadt. Ähnliche Dinge, die ich hier nicht beschreiben kann sind immer denkbar, der Bauherr und das ist die Stadt Gießen trägt für alle Baumaßnahmen letztendlich ein Risiko und wir haben hier eine alte Halle, es ist kein neues Modell, wo wir letztendlich für das, was wir schon haben an Halle auch ein gewisses Risiko für Dinge tragen, die wir nicht vorhersehen können.

Natürlich erfreut es den Magistrat nicht, wenn eine Firma insolvent geht. Wir sind insoweit durch einen Arge-Vertrag abgesichert. Gleichwohl können wir im Moment nicht ausschließen, dass in einer Gemengelage von Insolvenz und Nachfolgefirma mit Subunternehmen irgendetwas auf uns zukommt. Insbesondere kann ich nicht ausschließen, dass bis sich alles wieder neu ordnet, eine gewisse Zeitverzögerung oder ähnliches eintritt. Welche Kosten letztendlich entstehen ist nicht absehbar, weil wir hier auch nicht Herr des Verfahrens sind. Hier wirkt zum einen der eine Arge-Partner noch mit und natürlich der Konkursverwalter und es ist derzeit nicht absehbar, übersehbar, wie das Ganze geregelt wird. Wir wissen nur durch Gespräche mit dem anderen Arge-Partner, dass dieser bereit und willens ist, vollständig in den Bauvertrag mit der Stadt einzutreten. Und auch gewillt ist, möglichst zügig das Alles fertig zu stellen. Ich bin vorhin schon gefragt worden, ja wie viel Verzögerung gibt es, an der Baustelle tut sich nichts. Dies ist Sache der Firma natürlich und wir sind bemüht, möglichst wenig Stillstand und Rückschritt hier zu erfahren.“

2. Wahl Ehrenamtliche Mitglieder des Magistrats gemäß § 39a Absatz 1 HGO

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die ehrenamtlichen

Magistratsmitglieder in einem Wahlgang nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden (§ 39a Absatz 1 HGO). Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim mit Stimmzetteln.

Die Zahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder ist in der Hauptsatzung der Stadt Gießen festgeschrieben und beträgt **zehn**.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP:

1. Karin Bouffier-Pfeffer (CDU)
2. Dieter Scholz (CDU)
3. Susanne Koltermann (CDU)
4. Gerda Weigel-Greilich (Bündnis 90/Die Grünen)
5. Dr. Reinhard Kaufmann (FDP)
6. Dr. Bernhard Höpfner (CDU)
7. Prof. Heinrich Brinkmann (Bündnis 90/Die Grünen)
8. Dr. Fritz Fiedler (FDP)
9. Dietrich Leopold (CDU)
10. Heinz-Peter Wernert (CDU)
11. Edith Nürnberger (Bündnis 90/Die Grünen)
12. Wigbert Rudolph (FDP)
13. Diedrich Backhaus (CDU)
14. Ewa Wenig (Bündnis 90/Die Grünen)
15. Dieter Kräske (CDU)
16. Reinhard Ewald (Bündnis 90/Die Grünen)
17. Klaus-Dieter Grothe (Bündnis 90/Die Grünen)

SPD-Fraktion:

1. Monika Graulich
2. Egon Fritz
3. Wolfgang Sahmland
4. Alfons Buchholz
5. Ika Veronika Bordasch
6. Peter Sommer

Die Linke.Fraktion:

1. Kenneth Pukownick
2. Sascha Wanke
3. Frank Rosenmund

Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor.

Stv. Koch-Michel gibt zu Protokoll, dass sie an den heute durchzuführenden Wahlen nicht teilnimmt.

Als Mitglieder des Wahlvorstandes werden folgende Wahlhelfer benannt:

CDU-Fraktion:	Stv. Wagener
SPD-Fraktion:	Stv. Tanriverdi
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stv. Sánchez-Miguel
Die Linke.Fraktion:	Stv. Beltz
FDP-Fraktion:	Stv. Dr. Greilich
FW-Fraktion:	Stv. Zippel

Stadtverordnetenvorsteher Gail bittet die Wahlhelfer, die Wahlurne zu verschließen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese leer ist.

Des Weiteren merkt er an, dass der Schriftführer die anwesenden Stadtverordneten namentlich aufrufen werde, damit sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Die Stadtverordneten bittet er, nach Ausgabe der Stimmzetteln ihre Stimmabgabe in den aufgestellten Wahlzellen vorzunehmen und den Stimmzettel einmal gefaltet in die Wahlurne einzuwerfen.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses:

Abgegebene Stimmen:	58
Gültige Stimmen:	54

Davon entfallen auf den Wahlvorschlag CDU, Bd'90/GR, FDP:	30,
Wahlvorschlag SPD:	20,
Wahlvorschlag Die Linke:	4.

Gemäß § 22 Abs. 3 und 4 KWG ergibt sich folgende **Verteilung:**

Wahlvorschlag CDU, Bd'90/GR, FDP:	6 ehrenamtl. Magistratsmitglieder,
Wahlvorschlag SPD:	3 ehrenamtl. Magistratsmitglieder,
Wahlvorschlag Die Linke:	1 ehrenamtl. Magistratsmitglied.

Gewählt sind somit: Karin Bouffier-Pfeffer (CDU),
Dieter Scholz (CDU),
Susanne Koltermann (CDU),
Gerda Weigel-Greilich (Bündnis 90/Die Grünen),
Dr. Reinhard Kaufmann (FDP),

In die unter den Buchstaben A. bis K. aufgeführten Kommissionen der Universitätsstadt Gießen werden folgende Stadtverordnete als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/innen gewählt:

A. Schulkommission

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

B. Sportkommission

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:

C. Beirat der Volkshochschule

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:

D. Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

E. Beirat zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

F. Kommission zur Verleihung der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

G. Kommission Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur/Nicaragua

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

H. Stadtteilbeirat Gießener Nordstadt

CDU

SPD

B'90/Die Grünen:

Die Linke

FDP

FW

BLG

Nachrücker/innen:

I. Jugendhilfeausschuss

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.

Nachrücker/innen:

J. Beirat der Kommunalen Musikschule Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

5.

Nachrücker/innen:

K. Seniorenbeirat

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.

Nachrücker/innen:

Die Sitzung wird von 19:30 Uhr bis 20:05 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Aufgrund verschiedener Unstimmigkeiten (Fehlende Benennung/Wahlvorschläge von Seiten der SPD-Fraktion, Falsche Benennung von Personen - keine Stadtverordnete - von Seiten der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP) beantragt **Stv. Möller** nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung (20:10 Uhr bis 20:16 Uhr) die Zurückstellung der Magistratsvorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006.

Dem Antrag auf Zurückstellung wird mehrheitlich zugestimmt. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: LINKE/FW)

Beratungsergebnis:

In der Beratung und Beschlussfassung bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**4. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen STV/0143/2006
- Antrag des Magistrats vom 07.06.06 -**

Antrag:

In die Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen werden von Seiten der Universitätsstadt Gießen gewählt:

Mitglied

stellvertretendes Mitglied

Für die Wahl des Mitglieds der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen liegen folgende Wahlvorschläge vor:

1. Frau Stv. Gerda Weigel-Greilich
2. Herr Stv. Burkhard Schirmer

Als Mitglieder des Wahlvorstandes werden folgende Wahlhelfer benannt:

CDU-Fraktion:	Stv. Wagener
SPD-Fraktion:	Stv. Tanriverdi
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stv. Sánchez-Miguel
Die Linke.Fraktion:	Stv. Beltz
FDP-Fraktion:	Stv. Dr. Greilich
FW-Fraktion:	Stv. Zippel

Stadtverordnetenvorsteher Gail bittet die Wahlhelfer, die Wahlurne zu verschließen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese leer ist.

Des Weiteren merkt er an, dass der Schriftführer die anwesenden Stadtverordneten namentlich aufrufen werde, damit sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Die Stadtverordneten bittet er, nach Ausgabe der Stimmzettel ihre Stimmabgabe in den aufgestellten Wahlzellen vorzunehmen und den Stimmzettel einmal gefaltet in die Wahlurne einzuwerfen.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses:

Es wurden insgesamt 58 Stimmen abgegeben,

davon 55 gültige Stimmen,

und 3 ungültige Stimmen.

Von den gültigen Stimmen entfallen auf den

Wahlvorschlag Gerda Weigel-Greilich 31 Stimmen,

Wahlvorschlag Burkhard Schirmer 21 Stimmen,

Nein-Stimmen 3 Stimmen.

Es ist somit gewählt: Frau Stv. Gerda Weigel-Greilich.

Gegen die Wahl des stellvertretenden Mitglieds durch Handaufheben erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegt folgender Wahlvorschlag vor: Herr Stv. Klaus Peter Möller.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

5. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen) - Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -** **STV/0144/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des KGRZ KIV in Hessen wird gewählt:

Herr Stv. Harald Scherer

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des KGRZ KIV in Hessen wird gewählt:

Herr Stv. Klaus Peter Möller

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

6. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen - Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -** **STV/0145/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen wird gewählt:

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen wird gewählt:

Für die Wahl des Vertreters der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen liegen folgende Wahlvorschläge vor:

1. Herr Stv. Klaus Peter Möller
2. Herr Stv. Johannes Loheide

Als Mitglieder des Wahlvorstandes werden folgende Wahlhelfer benannt:

CDU-Fraktion:	Stv. Wagener
SPD-Fraktion:	Stv. Tanriverdi
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	Stv. Sánchez-Miguel
Die Linke.Fraktion:	Stv. Beltz
FDP-Fraktion:	Stv. Dr. Greilich
FW-Fraktion:	Stv. Zippel

Stadtverordnetenvorsteher Gail bittet die Wahlhelfer, die Wahlurne zu verschließen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese leer ist.

Des Weiteren merkt er an, dass der Schriftführer die anwesenden Stadtverordneten namentlich aufrufen werde, damit sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Die Stadtverordneten bittet er, nach Ausgabe der Stimmzetteln, ihre Stimmabgabe in den aufgestellten Wahlzellen vorzunehmen und den Stimmzettel einmal gefaltet in die Wahlurne einzuwerfen.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses:

Es wurden insgesamt 58 Stimmen abgegeben,

davon 54 gültige Stimmen,

und 4 ungültige Stimmen.

Von den gültigen Stimmen entfallen auf den

Wahlvorschlag Klaus Peter Möller	29 Stimmen,
Wahlvorschlag Johannes Loheide	21 Stimmen,
Nein-Stimmen	4 Stimmen.

Es ist somit gewählt: Herr Stv. Klaus Peter Möller.

Gegen die Wahl des Stellvertreters/der Stellvertreterin durch Handaufheben erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegt folgender Wahlvorschlag vor: Herr Wolfgang Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

7. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach - Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - **STV/0146/2006**

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Herr Stv. Dr. Wolfgang Deetjen

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Herr Stv. Klaus-Dieter Grothe

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

8. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für den Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke **STV/0147/2006**

- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 -

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen im Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Herr Stadtrat Dr. Volker Kölb

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen im Vorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Frau Gerda Weigel-Greilich

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

9. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 -** **STV/0148/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Herr Stv. Klaus-Dieter Grothe

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Frau Stv. Bettina Speiser

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

10. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke - Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 -** **STV/0149/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Herr Stv. Klaus-Dieter Grothe

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Frau Annette Greilich

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; StE: SPD/LINKE/FW)

11. Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen **STV/0153/2006**

Antrag:

Als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/-innen für den Jugendhilfeausschuss werden gemäß nachstehender Aufstellung gewählt:

Gemäß § 4 (1) b):

3 Personen, die in der Jugendhilfe sachkundig und erfahren sind. Darunter soll eine Person sein, die die Belange ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner wahrnimmt sowie eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus der Mädchenarbeit.

ausl. Vertreter/-in Mädchenarbeit	stimmberecht. Mitglied	Stellvertreter/-in
	Mostafa Farman	Edin Muharemovic
	Ingrid Kaiser	soll nachgereicht werden
	Thomas Dörr	Diana Schwarz

Gemäß § 4 (1) c):

6 Personen, die von den in der Universitätsstadt Gießen wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden. Darunter müssen 3 Vertreter/-innen der Jugendverbände sein; sie können vom Stadtjugendring vorgeschlagen werden.

Träger der freien Jugendhilfe

stimmberechtigtes Mitglied

Ute Kroll-Naujoks
Bernhard Brantzen
Astrid Dietmann-Quurck

Stellvertreter/-in

Werner Schäfer-Mohr
Gerhard von Niebelschütz
Annette Maiwald-Boehm

Jugendverbände

stimmberechtigtes Mitglied

Ralf Volgmann
Hans-Jürgen Hoerder
Stefanie Paul

Stellvertreter/-in

Frank Unger
Uwe Schmidt
Annke Rinn

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Teil A:

12. Übergangsregelung für die Ausgestaltung des bedarfsgerechten Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren **STV/0037/2006**
- Antrag des Magistrats vom 06.03.2006 -

Antrag:

1. Von der Übergangsregelung gemäß § 24 a Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes für Kinder unter 3 Jahren bis zum Jahre 2010 wird Gebrauch gemacht.
2. Nach derzeitigem Planungsstand für ein bedarfsgerechtes Angebot wird ein Versorgungsgrad von 25 % angenommen. Differenziert nach Jahrgängen werden 7,5 % Versorgungsquote für Kinder von 0 bis unter 1 Jahr, 30 % für Kinder von 1 bis unter 2 Jahren und 37,5 % für Kinder von 2 bis unter 3 Jahren festgelegt.
3. Bis zum Jahre 2010 werden ca. 168 neue Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen, davon ca. 20 % in Tagespflege und 80 % in Einrichtungen. Die jährlichen Ausbaustufen sehen im Schnitt 34 Plätze vor
4. Jährlich ist zum 15. März der aktuelle Bedarf durch die Jugendhilfeplanung zu ermitteln und der erreichte Ausbaustand festzustellen.
5. Für die praktische Umsetzung des Ausbauprogramms und die konkrete Ausbauplanung hinsichtlich der Kindertageseinrichtungen werden der Jugendhilfeausschuss und die Jugendhilfeplanung beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und die Umsetzung gemeinsam mit den freien Trägern zu planen.

6. Die geschätzten Betriebskosten für 168 Plätze (Ausbauende 2010) belaufen sich pro Haushaltsjahr auf ca. 1,8 Mill. €. Demgegenüber stehen geschätzte Einnahmen durch Elternbeiträge und Landesförderung in Höhe von 350.000,00 €. Der ungefähre Finanzierungsaufwand beläuft sich auf ca. 1,45 Mill. €. Im ersten Jahr der Ausbaustufe 2006 beträgt der Finanzbedarf für 34 Plätze ca. 300.000,00 € und erhöht sich jährlich entsprechend der Anzahl zusätzlich geschaffener Plätze (ca. 8.650,00 € pro Platz).
7. Es wird zur Kenntnis genommen, dass erforderliche Investitionskosten (Umbau, Bau, Einrichtungen) noch nicht beziffert sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**13. Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG STV/0158/2006
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 13.06.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, unverzüglich einen Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG aufzustellen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**14. Einrichtung eines Ferienausschusses STV/0199/2006
- Antrag des Ältestenrates vom 27.06.2006 -**

Antrag:

Während der Parlamentsferien tritt an die Stelle der Stadtverordnetenversammlung ein Ferienausschuss, der endgültige Entscheidungen über unaufschiebbare Angelegenheiten trifft. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Ferienausschuss aus 15 Mitgliedern besteht und sich nach dem Stärkeverhältnis (Hare-Niemeyer) der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen richtet.

Vorsitzender des Ferienausschusses ist der Stadtverordnetenvorsteher, im Verhinderungsfall sein Vertreter. Die Mitglieder des Präsidiums müssen dem Ferienausschuss angehören und werden auf die Fraktionszahl angerechnet. **Auf die Fraktionen entfallen demnach folgende Sitze:**

CDU-Fraktion	5 Sitze,
SPD-Fraktion	5 Sitze,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2 Sitze,
Die Linke.Fraktion	1 Sitz,
FDP-Fraktion	1 Sitz,
FW-Fraktion	1 Sitz.

Der Ferienausschuss hat über seine Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten. Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gilt analog auch für den Ferienausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

Teil B:

15. **Proteste der Studierenden** **STV/0170/2006** **- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen hat Verständnis für die Proteste der Studierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Fachhochschule Gießen-Friedberg gegen die Pläne der Hessischen Landesregierung bzw. der Landtagsfraktion der CDU zur Erhebung allgemeiner Studiengebühren ab dem Wintersemester 2007/2008.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Studierenden auf, bei ihren Demonstrationen und Aktionen die Rechte unbeteiligter Dritter zu respektieren und deren berechnete Interessen nicht ohne Not und nicht über Gebühr zu beeinträchtigen. Insbesondere darf die Grenze zur Gewalt gegen Personen und Sachen nicht überschritten werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich bewusst, dass Aktionen des begrenzten Regelverstoßes (Go-Ins, Sitzblockaden u.ä.) seit vielen Jahren zu weit verbreiteten Mitteln des gewaltfreien demokratischen Protestes geworden. Sie fordert alle Seiten auf, im Falle der Anwendung solcher Mittel auch weiterhin den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel im Auge zu behalten und zu wahren.
4. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird deshalb aufgefordert, angesichts der geringen Schäden und angesichts der Tatsache, dass Vertreter der Studierenden sich bei den Beschäftigten des Stadtbüros für die Beeinträchtigungen während der Aktion vom 31. Mai entschuldigt haben, auf Strafanzeigen zu verzichten, respektive die diesbezüglichen Strafanzeigen zurück zu ziehen.

An der gemeinsamen Aussprache zu den Punkten 15 und 15.1 beteiligen sich die Stv. Merz, Scherer, Janitzki, Zippel, Beltz, Dr. Deetjen und Oberbürgermeister Haumann.

Auf Antrag von **Stv. Sauer** werden die Ausführungen von Oberbürgermeister Haumann, Stv. Zippel und Stv. Dr. Deetjen wörtlich zu Protokoll genommen.

Oberbürgermeister Haumann:

„Herr Vorsteher, meine Damen, meine Herren. Herr Janitzki, wenn man Sie hier gerade agieren hörte, meint man wirklich: Verkehrte Welt. Den Magistrat kleinkariert zu nennen, die Reaktionen auf das, was da passiert ist, alle abzuqualifizieren und andere zu verherrlichen, ist schon sehr merkwürdig. Und dass sich dann hier ein Stadtverordneter hinstellt, über einen Vorgang berichtet und dann hinterher auch noch stolz zugibt, da war er ja gar nicht dabei. Ich frage Sie in der Tat, wo waren Sie denn? Als verantwortungsvoller Stadtverordneter hätten Sie ja durchaus auch da sein können. Den anderen, die sich darum gekümmert haben, werfen Sie jetzt vor, dass sie als Polizeiminister oder dass sie als die Obrigkeit das jetzt alles aufbauschen würden. Ich will Ihnen jetzt einmal schildern, Sie haben ja danach gefragt, deshalb will ich es Ihnen nicht vorenthalten, was an diesem Tag tatsächlich abgegangen ist: Und das ist nicht meine Wortwahl, sondern ich habe ein Protokoll von den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anfertigen lassen und das möchte ich Ihnen jetzt kurz verlesen:

Zu dem Antragspunkt „Genauere Schilderung....“ gebe ich ihnen den Bericht der stellvertretenden Sachgebietsleiterin, Frau Thimm, zur Kenntnis. Sowohl Frau Thimm als auch Herr Weller sind bereits als Zeugen von der Polizei als Zeugen vernommen worden:

,Um ca. 16.20 Uhr kam eine Hand voll Studenten ins Stadtbüro (Herr Weller saß zu dieser Zeit an der Information und hat mir das so gesagt); sie hätten sich alle eine Wartenummer gezogen und die anderen, die noch vor dem Eingang waren, lauthals aufgefordert: ‚Los, los! Zieht Euch alle eine Nummer!‘; dann ging es ganz schnell und das Stadtbüro war von unzähligen Demonstranten belagert.

Als es sich schon gefüllt hatte, wurden sämtliche Flyer und Broschüren sowie die Blumendekoration von der Infotheke auf den Boden geworfen und die Demonstranten haben sich fast im ganzen Publikumsbereich ausgebreitet. Auch ein an der Wand befestigtes Blumengefäß lag auf dem Boden. Ein Weiterarbeiten war jedoch ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. - Alles ganz normal nach Ansicht von Herrn Janitzki. -

Die Polizei traf wenige Momente nach den Demonstranten ein. Ich hatte schon bei der Polizei angerufen und die Einsatzleitung am Telefon; der Kollege sagte mir, er könne via Bildschirm sehen, dass die Polizisten gerade bei uns einträfen.

Ein Polizist sagte mir, dass auf einem Balkon in unserem Gebäude Personen stehen; dazu ist anzumerken, dass ich versucht habe, die oben ansässige Anwaltskanzlei telefonisch zu erreichen. Auch Herr Rechtsanwalt Hebenstreit, der hier im Haus wohnt, war unter seiner Privatnummer nicht zu erreichen, so dass unklar war, ob es sich um Demonstranten oder um Mitarbeiter der Kanzlei auf dem Balkon handelte.

Nachdem ich mit einem der Polizisten zum Hinterausgang ging, um nachzusehen, ob sich auf dem angrenzenden Parkplatz der Rechtsanwälte eventuell auch Personen aufhalten, ging ich in mein Büro zurück. In diesem Moment rief mich Herr Oberbürgermeister Haumann an, der gerade mit der Einsatzleitung gesprochen hatte. Ich schilderte ihm die Situation. Er sagte dann, dass er mit der Einsatzleitung das weitere Vorgehen besprechen würde und dass das Gebäude wohl geräumt werden sollte. Die Mitarbeiter sollten sich in den hinteren Bereich zurückziehen,

damit es nicht zu Personenschäden der Mitarbeiter käme, falls es zu einem Handgemenge käme. Das haben wir dann auch getan und die Polizei war dann alleine mit den Demonstranten im Publikumsbereich.

Als ich später wieder in mein Büro zurückkam, war die komplette Fensterbank ‚abgeräumt‘ und eine Halterung von einem PC- oder Telefonzugang an der Wand hing herunter, jedoch funktionierten alle technischen Geräte noch. Wie ich später erfuhr, sind wohl ein paar Personen durch dieses Fenster geflüchtet.

Nach einer Weile sind wir Mitarbeiter dann wieder nach vorne und haben uns bei den Polizisten aufgehalten und auch mit ihnen gesprochen, wie jetzt der weitere Ablauf ist. Es wurden alle Personen, die im Stadtbüro waren, einzeln überprüft (Feststellung der Personalien) und erst dann einzeln nach draußen gelassen.

Als ich in dieser Situation zum ersten mal in Ruhe zum Nachdenken kam, habe ich dann Frau Boje um ca. 17.05 Uhr telefonisch informiert, die dann auch wenig später im Stadtbüro eintraf.

Nachdem die Polizei den Schaden aufgenommen hatte und auch die Spurensicherung abgeschlossen war, haben wir dann noch im Stadtbüro aufgeräumt, so dass wir gegen ca. 22.15 Uhr Dienstschluss hatten.'

Soweit die Schilderung der Mitarbeiter. Ich glaube, es dient ein bisschen zur Versachlichung, aber ist doch ein ganzes Stück anders, als das, was gerade eben dargestellt wurde. Von wegen der Oberbürgermeister habe hier hektisch, kleinkariert und was Sie da sonst noch alles für Vokabeln gebraucht haben, reagiert. Also ich glaube ganz im Gegenteil, alles was Sie hier versuchen jetzt politisch hochzuziehen, ist möglicherweise das Süppchen, das Sie hier kochen wollen und niemand anders. Das ist doch geradezu pervers, dass sie im Grunde hier suggerieren wollen, wir hätten es nötig, diese Demonstration mit dieser Zerstörung und Verwüstung im Stadtbüro zu gebrauchen, um mal wieder in die Tageszeitung zu kommen oder hier Politik zu machen. Das ist geradezu aberwitzig, vor allem vor dem Hintergrund, habe ich dann zwei Tage danach, ein Gespräch bei mir, meine Mitarbeiter waren dabei und auch andere Zeugen noch, ein Gespräch mit Vertretern des AStA geführt. Wir waren uns sogar einig, auch die Sprecher des AStA, dass es an dieser Stelle zu Ausschreitungen, Zerstörung und Verwüstung gekommen ist, nach der angemeldeten Demonstration. Sie haben sich ja sogar dafür entschuldigt. Sie sind am nächsten Morgen zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hin, mit einem Blumenstrauß in der Hand. Ich denke, das war eine ganz gute Geste und haben sich dafür entschuldigt, dass es zwei oder drei Abende vorher zu diesem tatsächlichen Übergriff gekommen ist. Aber, und das will ich Ihnen auch nicht vorenthalten, wir haben uns natürlich in diesem Gespräch auch darüber unterhalten, wie man unter Umständen den ganzen Vorgang beenden könnte, auf einer Ebene beenden könnte, die zwischen dem AStA und dem Magistrat zu regeln gewesen wäre.

Da hat es drei Punkte gegeben, die wir miteinander besprochen haben: Dass der Schaden beglichen wird, dass man sich für die Vorfälle entschuldigt, und dass man öffentlich macht, dass man sich von den gewaltbereiten Chaoten, die nicht bei der Demonstration waren, oder vielleicht auch bei der Demonstration waren, aber die dann die Randerscheinungen dieser Demonstration nutzen, um dann hinterher für

Verwüstungen und Schäden zu sorgen, dass man sich davon distanziert. An dieser Stelle, habe ich das Gefühl gehabt, waren die Verantwortlichen in dem Augenblick sogar bereit dazu. Die Entschuldigung ist eingetreten, dass haben sie getan. Ich habe dann am nächsten Morgen den Rückruf der AStA-Sprecher bekommen, die gesagt haben, für die Übernahme der Kosten werden wir keine Mehrheit in unserem Gremium finden, das schaffen wir nicht. Vielleicht kriegen wir die Hälfte hin, wir melden uns noch einmal. Es hat sich keiner mehr gemeldet. Und der Punkt, dass man sich von den gewaltbereiten Demonstranten distanziert, wurde von den drei Herrschaften, die mit mir am Tisch saßen, sehr einvernehmlich genauso gesehen. Die gesagt haben: Das sind nicht unsere Demonstranten, das schadet unserer Sache. Wir wollen friedlich demonstrieren, an der Stelle waren wir uns 100%-ig einig. Aber die Kraft und die Größe aufzubringen, sich dann auch als AStA-Vertreter von diesen gewaltbereiten Chaoten zu distanzieren, ist mit dem Grund abgelehnt worden: Herr Oberbürgermeister es tut uns leid, das können wir nicht tun, sonst fliegt uns unser eigener Laden um die Ohren. Das ist ein wörtliches Zitat, zu dem stehe ich, dafür habe ich Zeugen. An dieser Stelle ist weder vom AStA noch von den Vertretern in irgend einer Art und Weise die Bereitschaft erklärt worden, das möglicherweise einzuhalten und umzusetzen, was wir in dieser Runde in ganz ruhiger Art, in einem sehr vernünftigen Gespräch, völlig unaufgeregt miteinander besprochen haben. Wo man sich eigentlich einig war, so müsste man es machen, dann könnte man auch die Strafanzeige zurückziehen.

Im Übrigen, sage ich einmal, wenn auf der anderen Seite keine Gegenleistung gebracht wird, kann ich natürlich auch nicht so reagieren. Wir sind gehalten, Schaden von dieser Stadt abzuwenden und da ist nicht definiert, ob es ein Schaden von 5.000,- €, 10.000,- € oder 100.000,- € sein muss. Es sind in der Tat Schäden von knapp über 5.000,- € entstanden, die Auflistung haben Sie im Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss gehört. Und nun hören Sie bitte auf, das mit dem Blumentopf zu bagatellisieren. Wenn wir Ihnen die Einzelheiten nicht aufgelistet hätten, dann hätten Sie gesagt: Der schmeißt uns eine Zahl an den Kopf, das wollen wir aber im Detail wissen. Jetzt haben wir es Ihnen im Detail genannt, das war auch wieder nicht richtig. Also machen Sie sich davon mal frei, es hängt nicht an dem Blumentopf, es sind knapp über 5.000,- € Schaden entstanden, in echtem Geld waren es immer noch 10.000,- DM. Und da muss ein Magistrat, da muss ein Oberbürgermeister reagieren und muss da tätig werden. Und mit einer weiteren Mähr möchte ich heute Abend auch noch aufräumen. Auch das haben die Studenten selber begriffen, aber anscheinend manche Kommunalpolitiker noch nicht. Die Einleitung des Ermittlungsverfahrens und das Stellen einer Strafanzeige hat nichts mit kriminalisieren von irgendwelchen Personen zu tun, sondern es wird das Ermittlungsverfahren eingeleitet, was im Übrigen auch durch öffentliches Interesse von Seiten der Polizei/der Staatsanwaltschaft sowieso eingeleitet worden wäre. Von daher lassen Sie uns doch mal abwarten, ich habe es vorhin auf die Anfragen zu Beginn unserer heutigen Sitzung gesagt, lassen Sie uns das Ergebnis dieses laufenden Verfahrens abwarten, dann werden wir hinterher die Ergebnisse würdigen und unter Umständen alles wesentlich gelassener sehen.

Aber wenn ich nichts getan hätte, dann hätte es mit Sicherheit genauso viele in dieser Stadt gegeben, die gesagt hätten: Dass kann man sich doch nicht bieten lassen, an dieser Stelle muss doch der Magistrat reagieren, warum wird nicht reagiert. Ich stehe

auf dem Standpunkt, an dieser Stelle ist gegen Gesetz und Ordnung verstoßen worden, deswegen ist die Staatsanwaltschaft auch tätig geworden und ich glaube schon, dass wir an dieser Stelle alles richtig gemacht haben, völlig unaufgeregt, einer Universitätsstadt angemessen. Ich habe mir an dieser Stelle wirklich nichts vorzuwerfen, sondern Herr Janitzki, Sie müssten mal überlegen, das Theater was Sie heute Abend hier wieder gemacht haben, dass ist jetzt wirklich völlig unangemessen. Es scheint mir eher so zu sein, dass Sie hier eine Grundlage brauchen, um Politik zu machen. Der Oberbürgermeister und der Magistrat braucht es nicht, wir sind in einem guten Gespräch mit dem AStA und ich denke für die Zukunft haben wir es so miteinander besprochen, so geregelt, dass solche Vorfälle höchstwahrscheinlich nicht mehr vorkommen werden.“

Stv. Zippel, FW-Fraktion:

„Ich möchte keine lange Rede halten, ich habe im Haupt- und Finanzausschuss dargelegt, wie sich die Freien Wähler dazu stellen. Ich möchte hier an dieser Stelle nur noch einmal klar bekunden, dass wir bei dem SPD-Antrag der Ziffer 1. und 2. ebenfalls zustimmen werden und dass wir bei dem Antrag der Linken der ersten Strichaufzählung des ersten Punktes ebenfalls zustimmen werden. Alles andere wird von uns abgelehnt. Aber ich kann die Rede von Herrn Janitzki hier nicht völlig unkommentiert im Raume stehen lassen. Ich habe auch bereits im Haupt- und Finanzausschuss gesagt, dass so, wie sich die Linke, insbesondere Herr Janitzki, hier äußert, eigentlich hier ein Rechtsbruch legalisiert werden soll. Es kommt dabei nicht darauf an, wie hoch ein Schaden ist, der entstanden ist, sondern darum, dass hier im Anschluss an eine Demonstration etwas geschehen ist, was eben nicht mehr legal und dem Gesetz nach möglich gewesen wäre. Herr Janitzki, ich möchte Ihnen ganz klar sagen, Ihre Einstellung zum gesetzestreuen Verhalten, was Sie hier heute Abend geäußert haben, hat mich absolut erschreckt. Nach dieser Äußerung, nach diesem Redebeitrag von Ihnen heute Abend, kann ich besser nachvollziehen, warum Die Linke, bzw. die PDS, vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Danke schön!“

Stv. Dr. Deetjen, Bündnis 90/Die Grünen:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, ich will nicht sagen ‚Vorsitzender‘, sonst hätte ich noch einen Talar anziehen müssen, Entschuldigung, die Robe natürlich, weil ich eigentlich das Gefühl habe, ich bin hier schon in einer vielleicht vorweg genommenen Gerichtsverhandlung. Ich könnte jetzt viel sagen, ich will mich aber ein bisschen an mein Konzept halten. Herr Beltz, das meine ich jetzt nicht ironisch, da wird man ein bisschen nostalgisch, wenn man ihre Zitate hört, die kennen wir alle gut, erinnert an schöne Zeiten, aber Sie haben ja, glaube ich, auch bemerkt in ihrem Beitrag, dem stimmen wir ja zu, das sind ja die Punkte 1. und 2. des SPD-Antrages, da hätten wir glaube ich überhaupt keine Schwierigkeiten. Aber jetzt will ich hier erst mal etwas von dem vortragen, was ich mir vorgenommen habe. Aus dem Grund, um weiteren Missverständnissen und Legendenbildungen über die Gießener Grünen vorzubeugen, möchte ich unsere Teilablehnung des SPD-Antrages kurz erläutern. Ich möchte damit auch zu einer Versachlichung der im Gießener Stadtparlament geführten Diskussion über die Studiengebühren beitragen. Ich bin weder Lehrer, wie Sie wissen, noch Jurist und ich bitte Sie daher, meine Ausführungen nicht als Belehrung anzusehen. Ich tue es als Angehöriger dieser Stadtverordnetenversammlung. Vorweg möchte ich zum 27.“

oder 98. Mal darauf hinweisen, das Bündnis 90/Die Grünen sich mit allem Nachdruck bei den dafür zuständigen Institutionen und Gremien eindeutig gegen die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen haben und es weiterhin tun und tun werden. Dazu gleich noch ein paar Anmerkungen.

Der vorliegende Antrag der SPD ist sicher, und das möchte ich positiv werten, als ein parteiübergreifender Antrag gedacht, aber auch mit dem überwiegenden Appell-Charakter an Demonstrierende, es sind ja heute leider kaum welche da, mit folgendem Inhalt. Ich darf es sinngemäß mal wiedergeben, wir alle haben Verständnis für die Demonstrationen gegen die Studiengebühren, so und dann, fordern die Studierenden auf, das kommt sehr schnell, die Rechte Unbeteiligter Dritter zu respektieren. Hört, hört! Wörtlich: Insbesondere darf die Grenze zur Gewalt gegen Personen und Sachen nicht überschritten werden. Ich gehe jetzt etwas anderes heran, als das Gerhard Merz getan hat. Da habe ich auch ein bisschen das Gefühl, dass eigentlich von juristischen Fehlurteilen mehr gesprochen wurde, als um die Wirklichkeit. Über die Begrifflichkeit ‚Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel‘, so drücken Sie es aus, wird dann der Bogen recht abrupt von den Appellen hin zu konkreten Handlungsaufforderungen an den Magistrat der Stadt Gießen nach einseitiger, wie ich meine, Interpretation des Begriffs ‚Verhältnismäßigkeit‘ gespannt. Meines Erachtens, überspannt. Und hier ist nun der Punkt, an dem ich mich frage, ob die Opposition in der politischen Auseinandersetzung hier im Hause noch sich angemessener Mittel bedient. Und dies ist beim Thema Studiengebühren schon das zweite Mal, dass Sie im Prinzip die zwar richtige Diskussion, leider aber am falschen Ort und zum falschen Zeitpunkt führen. Ich will es präzisieren: Bei Ihrem sicher ehren und engagierten Einsatz gegen die Einführung der Studiengebühren haben Sie das politische und staatsrechtliche Augenmaß verloren und weniger die Studenten. Sie muten der Stadtverordnetenversammlung ein Überschreiten ihrer Zuständigkeit und Kompetenz zu. Sie müssten es eigentlich genau wissen, dass die Säule und das Prinzip unserer Verfassung die Gewaltenteilung ist. Sie wurde im Rahmen des Hineinziehens des Themas Studiengebühren mehrfach **(nicht verständlich)**. Ich meine hier bewusst nicht die Studentenproteste, sondern Ihren Einsatz, dieses Themas aus taktischen und nicht aus inhaltlichen Gründen, unterstelle ich jetzt mal, in die Stadtpolitik zu ziehen. Nur das darf und kann ich an dieser Stelle bewerten. Die Feststellung, ob eine Aktion, Demonstration usw., Sie haben es ja auch ausgeführt, zu Sachschäden geführt hat, ist nicht Aufgabe des Verursachers, sondern des oder der Betroffenen. Die objektive Entscheidung obliegt der Gerichtsbarkeit, also der Judikative, um jetzt mal auf die Gewaltenteilung zu kommen. Nur dort kann über die Verhältnismäßigkeit unparteiisch entschieden werden. Und, lieber Michael Janitzki, es war, wie ich im Ausschuss schon gesagt haben, eher ein Plädoyer, was hier gehalten wurde und der OB hat sich dem, aber herausgefordert, angeschlossen. Ob das wirklich der Ort ist, genau über die Blumentöpfe zu sprechen und dann eben diese nach dieser Verhältnismäßigkeit zu fragen? Auf die formal juristischen Fragen: Schadensregulierung durch Versicherung usw., was manchen wichtig erscheint, möchte ich aber jetzt weiter hier nicht eingehen. Ein solches Vorgehen läuft bei mir unter dem Begriff Gleichbehandlung. Es gibt ja zwei Gegenden auch, einmal, wer macht etwas und warum macht er es? Auch das ‚wer‘ wäre die Frage. Wenn eine stadtbekannte Person, die eine kleine, aber doch recht effektive Projektwerkstatt leitet, diese Schäden angerichtet hätte, weiß ich nicht, jetzt zumindest so in der links, halb links stehenden großen Fraktion, wie die in diesem Fall reagiert hätte. Das ist also dann der

Unterschied, von wem kommt es.

*Ich gehe weiter, es wird doch niemand nur ansatzweise die Argumentation ‚der Zweck heiligt die Mittel‘ anwenden wollen? Hier kommen wir und das muss ich leider sagen, Herr Merz, in die Sphären, die wir als einfache oder ich sehe mich dann so, Stadtverordnete nicht beantworten können und hier auch nicht sollten. Dies sollten wir Juristen überlassen, wenn Sie es aber theoretisch abgehoben diskutieren wollen, dann aber mit Philosophen, Theologen und natürlich auch Politologen. Denn das ist sicher ein Punkt, da wo ich vielleicht natürlich ganz gern weiter mache, ich halte es für brisant die Bürgerrechtsbewegung Amerika, ich kann dann alles mit allem vergleichen, jetzt in China passieren auch Dinge, wo einer der sich einsetzt für ökologischen Dinge, dem Schreckliches widerfahren ist, das alles zu bewerten. Und ich möchte auch hier nicht Sie in der Öffentlichkeit in die Abgründe meiner fundamentalistisch, grünen Seele blicken lassen. Da könnten Sie mich fragen, was halte ich von Greenpeace, aber diese Diskussion führe ich hier nicht. Ich bin hier als Mandatsträger und deswegen ist meine Meinung, die ich vertrete, völlig klar. Noch eine andere Klärung: Diese Stadtverordnetenversammlung wird umgangssprachlich gerne als Stadtparlament bezeichnet. Es ist aber kein Parlament im verfassungsrechtlichen Sinne. Und darf somit auch keine Gesetze erlassen, wir sind somit keine; das habe ich jetzt nicht verstanden **(Zwischenbemerkung - nicht verständlich)**.*

Ja, das hat bisher noch niemand gesagt, Herr Merz, ich dachte ich könnte jetzt irgendwie reagieren, aber da, war jetzt nicht so einfallsreich. Also ‚wir sind damit keine Legislative‘ habe ich jetzt noch nicht gehört hier. Sie können mir ja auch das Gegenteil beweisen. Die Entscheidung zu Studiengebühren in Hessen wird wegen der Landeszuständigkeit nur im hessischen Parlament in Wiesbaden entschieden. Der Gemeinderat, das Stadtparlament, insbesondere der Magistrat, stellt die Exikutive dar: Die Stelle, die verwaltungstechnisch bestehende Gesetze umsetzt. So sieht es unsere Verfassung vor und daran sollten wir uns halten. Wenn wir zu diesem System, zu dieser Staatsform uns bekennen. In meinen ganz sachlichen und theoretischen Ausführungen sei mir dazu ein kleines praktisches Beispiel erlaubt. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nachweisen, dass sich Ministerpräsident Koch bzw. die hessische Landesregierung oder irgendeine andere Landesregierung nur aufgrund einer nicht verabschiedeten Resolution einer kleinen mittelhessischen Universitätsstadt hat beeinflussen lassen, das Gesetz zu verabschieden, verabschiede ich mich aus diesem Hause und lege mein Mandat nieder, weil wir dann tatsächlich einen Fehler gemacht hätten. Gut, jetzt müsste ja, wenn Sie so rege Anteil nehmen hier an meiner Rede dann kommen: Naja gut, das stimmt ja irgendwo, aber wir wollen ja nur ein Solidaritätsbeweis, so. Nein, da werden wir jetzt ganz ehrlich, dazu sage ich offen und ehrlich, dass wir dies mit Rücksicht auf unseren Koalitionspartner hier und nur hier nicht getan haben. Machen Sie sich bitte darüber, scheinbar zum Glück nicht, nicht lustig. Das ist auch ein Teil Demokratie, Mehrheitsverhältnisse herstellen, um eine handlungsfähige Regierung zu erhalten. Ich muss, glaube ich, nicht auf die aktuelle Koalition mit viel größerer Tragweite hinweisen, also siehe Bundesebene. Wir wollen auch nicht davon reden, wie hätte es sein können, wenn wir hier jetzt nicht in der Mitte sitzen würden, wer dann da sitzen würde und was hier geschehen wäre und wie Sie dann mit den Studiengebühren umgegangen wären. Wir hätten dann auch diese Anträge gestellt, wir von Bündnis 90/Die Grünen müssten und müssen abwägen

zwischen verschiedenen Interessen. Das ist sicher oft **(nicht verständlich)**, wir wollen die Interessen möglichst vieler Gießener, zumindest unserer Wähler/-innen wahren. Dies kann sich aber nur auf Aktivitäten beziehen, die in der Zuständigkeit der Gemeinde, in diesem Fall der Stadt Gießen liegen. Jeder Bürger, jede Bürgerin dieser Stadt hat ihre, hat seine ganz individuellen Vorstellungen dazu. Viele sind für die Stärkung des ÖPNV, oder der Fußgängerrechte, besserer Radwegeverbindungen, Durchsetzung ökologischer Maßnahmen, neue Wohnformen, Verbesserung der Kindertagesstätten und vieles mehr, dies werden wir in dieser Koalition durchsetzen. Es ist eine ganz einfache Rechnung, wir verzichten auf eine Solidaritätserklärung ohne praktische Auswirkung mit Rücksicht auf den Koalitionspartner. Dafür erhalten wir zum Beispiel mehr Radwege, ökologische Maßnahmen in Gießen, Familienhäuser usw. Und das ist das, was Gießener und Giessenerinnen wollen, wir lassen uns ideologisch nicht vereinnahmen. Weder von der Opposition **(Cassettenwechsel)** zeigen unser grünes Profil in dieser Stadt zur Zeit aufgrund der Mehrheitsverhältnisse gemeinsam mit unserem Koalitionspartnern zum Wohl der Bürger/-innen der Stadt. Vielen Dank.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Die Sitzung wird von 22:15 Uhr bis 22:35 Uhr unterbrochen.

Stv. Dr. Deetjen stellt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Änderungsantrag zu Ziffer 3. der Vorlage STV/0170/2006:

„3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert alle Seiten auf, bei Demonstrationen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel im Auge zu behalten und zu wahren.“

Wortmeldungen zur Geschäftsordnung (Verfahren zur Abstimmung) erfolgen von den Stv. Grabe-Bolz, Lange und Möller.

Beratungsergebnis:

Es wird um getrennte Abstimmung und um namentliche Abstimmung von Ziffer 3. und 4. gebeten.

- Ziffer 1. und 2. der Vorlage STV/0170/2006 wird einstimmig beschlossen.
- Namentliche Abstimmung zu Ziffer 3. der Vorlage STV/0170/2006:

	Ja	Nein	StE		Ja	Nein	StE
Herr Asboe (CDU)		X		Herr Krieger (SPD)	X		
Herr Backhaus (CDU)		X		Frau Küster (CDU)		X	
Herr Becker (CDU)		X		Herr Lange (SPD)	X		
Herr Bellof (SPD)	X			Herr Loheide (SPD)	X		
Herr Beltz (Linke)	X			Frau Losert (CDU)		X	

Frau Bernard (CDU)		X		Herr Merz (SPD)	X		
Frau Bietz (SPD)	X			Herr Möller (CDU)		X	
Frau Bordasch (SPD)	X			Herr Oswald (CDU)		X	
Frau Bouffier (CDU)		X		Herr Otto (GR)		X	
Frau Bouffier-Pfeffer (CDU)		X		Herr Pfeffer (CDU)		X	
Herr Prof. Dr. Brinkmann (GR)		X		Herr Puhl (SPD)	X		
Herr Buchholz (SPD)	X			Herr Pukownik (Linke)	X		
Herr Dr. Deetjen (GR)		X		Frau Sanchez Miguel (GR)		X	
Herr Dr. Dittrich (CDU)		X		Frau Sator (CDU)		X	
Frau Eibelshäuser (SPD)	X			Herr Sauer (Linke)	X		
Herr Gail (CDU)		X		Herr Scherer (FDP)		X	
Herr Dieter Geißler (SPD)	X			Herr Schirmer (SPD)	X		
Herr Heiner Geißler (FW)		X		Frau Schlotmann (SPD)	X		
Frau Grabe-Bolz (SPD)	X			Herr Schmidt (SPD)	X		
Frau Greilich (FDP)		X		Herr Scholz (CDU)		X	
Herr Dr. Greilich (FDP)		X		Herr Sommer (SPD)	X		
Herr Grothe (GR)		X		Frau Dr. Speiser (GR)		X	
Frau Helmchen (CDU)		X		Herr Tanriverdi (SPD)	X		
Frau Janzen (SPD)	X			Frau Wagener (CDU)		X	
Herr Janitzki (Linke)	X			Herr Walldorf (SPD)	X		
Frau Koch-Michel (BLG)	X			Frau Weigel-Greilich (GR)		X	
Frau Kolkhorst (Grüne)		X		Frau Wernert-Jahn (CDU)		X	
Frau Koltermann (CDU)		X		Herr Zippel (FW)		X	
Herr Kräske (CDU)		X		Herr Zörb (CDU)		X	
Frau Dr. Krautheim (SPD)	X			Summe	25	34	—

Ziffer 3. wird mehrheitlich abgelehnt. (34 Nein-Stimmen und 25 Ja-Stimmen)

- Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/Stv. Koch-Michel, StE: LINKE)
- Namentliche Abstimmung zu Ziffer 4. der Vorlage STV/0170/2006:

	Ja	Nein	StE		Ja	Nein	StE
Herr Asboe (CDU)		X		Herr Krieger (SPD)	X		
Herr Backhaus (CDU)		X		Frau Küster (CDU)		X	
Herr Becker (CDU)		X		Herr Lange (SPD)	X		
Herr Bellof (SPD)	X			Herr Loheide (SPD)	X		
Herr Beltz (Linke)	X			Frau Losert (CDU)		X	
Frau Bernard (CDU)		X		Herr Merz (SPD)	X		
Frau Bietz (SPD)	X			Herr Möller (CDU)		X	
Frau Bordasch (SPD)	X			Herr Oswald (CDU)		X	
Frau Bouffier (CDU)		X		Herr Otto (GR)		X	
Frau Bouffier-Pfeffer (CDU)		X		Herr Pfeffer (CDU)		X	
Herr Prof. Dr. Brinkmann (GR)		X		Herr Puhl (SPD)	X		
Herr Buchholz (SPD)	X			Herr Pukownik (Linke)	X		
Herr Dr. Deetjen (GR)		X		Frau Sanchez Miguel (GR)		X	
Herr Dr. Dittrich (CDU)		X		Frau Sator (CDU)		X	

Frau Eibelshäuser (SPD)	X		Herr Sauer (Linke)	X		
Herr Gail (CDU)		X	Herr Scherer (FDP)		X	
Herr Dieter Geißler (SPD)	X		Herr Schirmer (SPD)	X		
Herr Heiner Geißler (FW)		X	Frau Schlotmann (SPD)	X		
Frau Grabe-Bolz (SPD)	X		Herr Schmidt (SPD)	X		
Frau Greilich (FDP)		X	Herr Scholz (CDU)		X	
Herr Dr. Greilich (FDP)		X	Herr Sommer (SPD)	X		
Herr Grothe (GR)		X	Frau Dr. Speiser (GR)		X	
Frau Helmchen (CDU)		X	Herr Tanriverdi (SPD)	X		
Frau Janzen (SPD)	X		Frau Wagener (CDU)		X	
Herr Janitzki (Linke)	X		Herr Walldorf (SPD)	X		
Frau Koch-Michel (BLG)	X		Frau Weigel-Greilich (GR)		X	
Frau Kolkhorst (Grüne)		X	Frau Wernert-Jahn (CDU)		X	
Frau Koltermann (CDU)		X	Herr Zippel (FW)		X	
Herr Kräske (CDU)		X	Herr Zörb (CDU)		X	
Frau Dr. Krautheim (SPD)	X		Summe	25	34	—

Ziffer 4. wird mehrheitlich abgelehnt. (34 Nein-Stimmen und 25 Ja-Stimmen)

Stv. D. Geißler zweifelt das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung an. Er glaubt, dass Herr Stv. Dr. Dittrich mit „Ja“ gestimmt habe.

Stv. Dr. Dittrich erklärt zu Protokoll, dass er mit „Nein“ gestimmt habe.

Stv. D. Geißler beantragt, dass das Tonband abgehört werden solle.

Stadtverordnetenvorsteher Gail unterbricht kurz die Sitzung und bittet Frau Stv. Grabe-Bolz und Herrn Stv. Scherer das Tonband abzuhören und der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, was Sie gehört haben.

Die Sitzung wird von 22:58 Uhr bis 23:09 Uhr unterbrochen.

Stv. Grabe-Bolz und **Stv. Scherer** konnten nicht eindeutig ein „Ja“ oder „Nein“ von Herrn Stv. Dr. Dittrich hören, da zu viele Nebengeräusche auf dem Band zu vernehmen waren.

Stv. D. Geißler zieht seinen Einwand zurück und das zuvor von Herrn Stv. Dr. Dittrich zu Protokoll gegebene Abstimmungsverhalten wird einvernehmlich akzeptiert.

Stadtverordnetenvorsteher Gail stellt nochmals fest, dass Ziffer 4. der Vorlage STV/0170/2006 mehrheitlich abgelehnt wurde (34 Nein-Stimmen und 25 Ja-Stimmen).

- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 13.06.2006 -

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister Haumann auf, eine Erklärung zu den Protesten in Gießen gegen die Studiengebühren und seinen diesbezüglichen Äußerungen abzugeben, wobei er insbesondere die folgenden Punkte behandeln sollte:
 - genaue Schilderung der sogenannten Besetzung des Stadtbüros nach der Demonstration am 31. 5. 06
 - genaue Beschreibung der Sachbeschädigungen und Bezifferung des Schadens a) im Stadtbüro und b) vor dem Stadtbüro
 - Begründung für die (angekündigte) Anzeige wegen Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zurückzuziehen bzw. nicht zu stellen.

Die antragstellende Fraktion ergänzt die Vorlage um einen Punkt 3., der wie folgt lautet:

„3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert Oberbürgermeister Haumann auf, seine im Zusammenhang mit der sogenannten Besetzung des Stadtbüros gemachten Äußerungen in der Öffentlichkeit (z. B. ‚Zerstörungen und Beschädigungen im Stadtbüro‘, Fr., 08.06.06) zurück zu nehmen und richtig zu stellen.“

Des Weiteren erklärt die antragstellende Fraktion, dass sie die Unterpunkte zwei und drei des Punktes 1. zurückziehen.

Beratungsergebnis:

Es wird um getrennte Abstimmung gebeten.

- Punkt 1. wird einstimmig zugestimmt.
- Punkt 2. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)
- Punkt 3. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)

Stadtverordnetenvorsteher Gail schlägt aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (23:15 Uhr) und der umfangreichen Tagesordnung vor, die Tagesordnungspunkte 17, 20 - 23 vor den Tagesordnungspunkten 16, 16.1, 18 und 19 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Hessischen Landesregierung
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 28.05.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung veranstaltet im späten Herbst diesen Jahres, also nach den Herbstferien, eine Anhörung, bei der die Gießener Schulen über ihre Erfahrungen mit dem Programm "Unterrichtsgarantie plus" der Hessischen Landesregierung berichten sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, die Ergebnisse dieser Anhörung in geeigneter Form der Landesregierung zur Kenntnis zu geben.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

16.1. "Unterrichtsgarantie plus" STV/0169/2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, sich bei der hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass Vertretungsunterricht von examinierten Lehrerinnen und Lehrern erteilt wird und von dem Konzept „Unterrichtsgarantie plus“ abzusehen.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

17. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § STV/0066/2006
100 HGO (Hochbauamt)
- Antrag des Magistrats vom 7. Juni 2006

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 2.2810.940320.040 - Ausbau u. Modernisierung Sporthalle Ost - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

510.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

2.2300.960100.060	- Sanierung Kunststoffkleinspielfeld LLS -	=	25.000,00 €
2.2400.940500.040	- Sanierung Theodor-Litt-Schule -	=	75.000,00 €
2.6100.940600.001	- Konversion Militärflächen -	=	80.000,00 €
2.6100.941300.001	- Gewerbefläche Lützellinden -	=	120.000,00 €
2.6150.940300.001	- Aufwertung Neustadt -	=	<u>210.000,00 €</u>
			<u>510.000,00 €</u>

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Sauer, Schirmer und Stadtrat Dr. Kölb.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP/FW; StE: SPD/Stv. Koch-Michel)

Stadtverordnetenvorsteher Gail gratuliert um Mitternacht Herrn Stv. Merz und Herrn Stv. Schirmer im Namen der Stadtverordnetenversammlung recht herzlich zum Geburtstag.

18. Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass **STV/0192/2006**
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 -

Antrag:

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschlossenen Richtlinien zum Gießen-Pass werden wie folgt geändert:

§ 3 Nr. 1
Ermäßigungen

...im öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet der Universitätsstadt Gießen für Einzelfahrscheine, Wochenkarten und Monatskarten mit Gültigkeit im Bereich der Universitätsstadt Gießen und der Gemeinde Heuchelheim.

§ 5
Ausstellungsstellen

Die Gießen-Pässe werden vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Amt für soziale Angelegenheiten, Volkshochschule und Musikschule des Schulverwaltungsamtes - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 a bis 1 f sowie dem Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Jugendamt - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 g ausgestellt.

§ 8
Inkrafttreten

Die Änderung der Richtlinien tritt zum 01.08.2006 in Kraft.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

19. Gießen-Pass **STV/0173/2006**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.06.2006 -

Antrag:

1. Um den Empfänger/innenkreis des Gießen-Pass auszuweiten, wird der Magistrat der Stadt Gießen beauftragt, eine umfassende und zielgruppengerechte Informationskampagne zum Gießen-Pass durchzuführen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Betroffenen potentiellen Nutzerinnen und Nutzer nicht ausschließlich über die Gießener Tageszeitungen informiert werde, sondern weitere Informationswege eröffnet werden. Der Magistrat der Stadt Gießen wird in diesem Zusammenhang beauftragt zu prüfen, inwiefern wohnortnahe Möglichkeiten der Beantragung bzw. Abwicklung des Antragsverfahren geschaffen werden können.
2. Die Informationskampagne soll den Betroffenen die Möglichkeiten der Beantragung und Inanspruchnahme des Gießen-Pass aufzeigen.
3. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, das Angebot des Gießen-Pass auszuweiten und zu überprüfen inwiefern das Antragsverfahren vereinfacht werden kann.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

20. Bebauungsplan GI 04/18 "Seltersberg I"; **STV/0086/2006**
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen
zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2006 -

Antrag:

1. Es wird festgestellt, dass während der Offenlegung des Entwurfes zum Bebauungsplan GI 04/18 "Seltersberg I" von Seiten der Öffentlichkeit keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange aus dem unter Punkt 1

genannten Verfahren sowie die Anregungen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3+4 jeweils Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan-Vorentwurf werden mit dem aus der Anlage 1 hervorgehenden Ergebnis abgewogen.

3. Der Bebauungsplan GI 04/18 "Seltersberg I" wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
5. Teil C (wasserrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 42 Hessisches Wassergesetz (HWG) i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB als wasserrechtliche Satzung beschlossen und in den Bebauungsplan aufgenommen.
6. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Auf eine zu Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage zur Beschlussvorlage STV/0086/2006 (Austausch- und Einlegeblätter zur Planbegründung) wird hingewiesen.

Stv. Koch-Michel stellt folgenden Änderungsantrag:

Ergänzung zu Punkt 3. des Antragstextes:

1. NEU: Der Ausbau des Knotens Carl-Franz-Straße/Schubertstraße als Kreisverkehr wird in den zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes GI 04/18 „Seltersberg I“ ersatzlos gestrichen.
2. Der Bebauungsplan GI 04/16 „Seltersberg I“ sieht aus städtebaulich-gestalterischen Gründen den Ausbau/Umbau des Verkehrsknotens Schubertstraße/Aulweg als Kreisverkehr vor. Die derzeitige vorhandene Ampelschaltung würde dann entfallen.
3. Eine entsprechende Planung ist vorzubereiten und entsprechend den rechtlichen Bestimmungen als Ergänzungsantrag zum Bebauungsplan GI 04/18 „Seltersberg I“ zur Abstimmung vorzulegen.

Stv. H. Geißler fragt, ob die Carl-Franz-Straße geschlossen bleibt.

Auf Antrag von **Stv. Bellof** wird die Antwort von Stadtrat Rausch wörtlich zu Protokoll genommen.

Stadtrat Rausch:

„Die soll geschlossen bleiben, ja, aber das Stückchen halt befahrbar, wie bisher auch.“

Stv. Möller, CDU-Fraktion:

„Sie können, wenn Sie sich angeblich so gut im Südviertel umgehört haben nicht nur mitbekommen, was ich gesagt habe, Sie können sogar von jedem Anwohner ein

Schreiben bekommen, das ich persönlich unterschrieben habe, wo exakt drin steht, was wir uns vorstellen. Und genau dieses Schreiben ist bis auf jedes Komma im Koalitionsvertrag fester Bestandteil. Und da steht unter anderem drin und den Satz möchte ich bitte protokolliert haben, damit die Diskussion ein für alle Mal beendet ist. Da steht drin: Der Poller in der Carl-Franz-Straße wird nicht entfernt.“

Stv. Dr. Deetjen, Bündnis 90/Die Grünen:

*Das Entscheidende ist: Wie wird die Carl-Franz-Straße angebunden? Und da hat Herr Möller schon ausgeführt, was bei uns im Koalitionsvertrag steht und deswegen möchte ich mich dann für unsere Fraktion dem anschließen, es ist jetzt mehrfach protokolliert heute Abend, dann bitte das auch noch mal wörtlich protokollieren, dass Bündnis 90/Die Grünen sich auch an die Vereinbarung im Koalitionsvertrag halten. Nicht für alle Zeiten, was in 30 Jahren geschieht, bitte nicht, ich muss das auf jeden Fall mindestens auf die Legislaturperiode beschränken, wobei ich davon ausgehe, danach ist kein Bedarf. Dazu sagen möchte ich noch, warum es mir nicht aufgefallen ist und ich nicht **(nicht verständlich)**, weil das der Seltersberg I ist und Schlangenzahl II. Also deswegen noch einmal ganz klar, dass wir uns genauso daran halten und dass es mit uns nicht möglich sein wird, soweit wir eben in dieser Legislaturperiode dabei sind, dass die Carl-Franz-Straße geöffnet wird. Ich denke, Frau Koch-Michel, mehr geht nicht, das können mich sämtliche Anwohnerinnen und Anwohner dort oben fragen und ich werde ihnen in fünf Jahren auch noch in die Augen schauen können.“*

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, Janitzki, Möller, Schlotmann, Merz, Dr. Deetjen und Stadtrat Rausch.

Stv. Weigel-Greilich stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsverlängerung, um die Magistratsvorlagen unter TOP 21, 22, 23, 36, 37, 38, 39, 40, 41 und 42 sowie die Einführung und Verpflichtung, Aushändigung der Ernennungsurkunden und die Vereidigung der neu gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder zu behandeln.

Vorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag „Sitzungsverlängerung“ abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE; StE: FW/Stv. Koch-Michel)

Somit steht fest, dass die Stadtverordnetensitzung länger als 24:00 Uhr tagt.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 23:41 Uhr bis 23:46 Uhr unterbrochen.

Die nachfolgenden Ausführungen von Stv. Merz werden auf Antrag von **Stv. Bietz** wörtlich zu Protokoll genommen.

Stv. Merz, SPD-Fraktion:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, in aller Kürze. Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrem Ja zu dem Bebauungsplan. Wir haben zur Kenntnis genommen und ich will das noch mal rekapitulieren, dass der Poller bleibt, um es mal auf den Begriff zu bringen. Ich habe gehört, dass das vorhin Herr Stadtrat Rausch gesagt hat. Ich habe gehört und will das noch mal bestätigen oder noch mal sozusagen ins Bewusstsein bringen, dass der Oberbürgermeister auf meine diesbezügliche Frage für den Magistrat mit einem klaren Ja geantwortet hat. Und dass ich von zwei Koalitionsvertretern, ich habe jetzt keinen vernünftigen Zweifel daran, dass die dritte Koalitionsfraktion das auch erklären würde, ihr Wort gegeben hat, dass dieser Poller bleibt und dass insofern der Kreisverkehr, der der Stein des Anstoßes war, eine Option ist, für den Fall der Erschließung des Plangebietes von dieser Seite der Schubertstraße hier erfolgen soll und für den Fall, dass die Erschließung des Behördenzentrums von dieser Seite her erfolgen soll. Damit sind wir zufrieden gestellt, wir geben der Koalition und dem Magistrat an dieser Stelle ein Vertrauensvorschuss und bleiben deshalb bei unserem Ja und werden dem Änderungsantrag von Frau Stv. Koch-Michel aus diesem Grund nicht zustimmen.“

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)

Die Vorlage STV/0086/2006 wird einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP/FW; StE: Stv. Koch-Michel)

21. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 04/20** **STV/0088/2006**
"Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrum Frankfurter Straße/Hofmannstraße";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
- Antrag des Magistrats vom 22.05.2006 -
-

Antrag:

1. Es wird festgestellt, dass während der Offenlegung des 2. Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan GI 04/20 "Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrum Frankfurter Str./Hofmannstr." von Seiten der Öffentlichkeit keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange aus dem unter Punkt 1 genannten Verfahren sowie die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3+4 jeweils Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan-Vorentwurf werden mit

- dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 04/20 "Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrum Frankfurter Str./Hofmannstr." wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
 4. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
 5. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen."

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

22. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GI 05/15 STV/0090/2006
"Krofdorfer Straße/Leimenkauter Weg";
hier: - Entscheidung über die im Rahmen der Offenlegung
bzw. Trägerbeteiligung vorgebrachten Anregungen
zum Bebauungsplan-Entwurf
- Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan
- Antrag des Magistrates vom 22.05.2006 -

Antrag:

1. Es wird festgestellt, dass während der Offenlegung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan GI 05/15 "Krofdorfer Straße/ Leimenkauter Weg" von Seiten der Öffentlichkeit keine Anregungen eingegangen sind.
2. Die Anregungen von Trägern öffentlicher Belange aus dem unter Punkt 1 genannten Verfahren sowie die Anregungen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3+4 jeweils Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan-Vorentwurf werden mit dem aus der Anlage 1 hervor gehenden Ergebnis abgewogen.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 05/15 "Krofdorfer Straße/Leimenkauter Weg" wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Teil B (bauordnungsrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) als Satzung beschlossen und i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
5. Teil C (wasserrechtliche Festsetzungen) der textlichen Festsetzungen wird gemäß § 42 Hessisches Wassergesetz (HWG) i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB als wasserrechtliche Satzung beschlossen und in den Bebauungsplan aufgenommen.
6. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

23. **Übertragung der Zuständigkeit für Abwasserentsorgung im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Auf der Hardt" auf die Gemeinde Heuchelheim** **STV/0124/2006**
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, den beigefügten Vertrag mit der Gemeinde Heuchelheim abzuschließen und dem Regierungspräsidium Gießen zur Genehmigung vorzulegen.

Stadtrat Dr. Kölb ergänzt in § 4 Abs. 1 den letzten Satz wie folgt:

„.... den Besuch der Kindergärten in Heuchelheim, soweit freie Plätze vorhanden sind.“

Beratungsergebnis:

Die so geänderte Vorlage wird einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel)

24. **Errichtung einer Kindertagesstätte im Baugebiet Schlangenzahl** **STV/0135/2006**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, ein Konzept für eine Kindertagesstätte am Schlangenzahl zu erstellen. Folgende Punkte sind bei den Planungen zu berücksichtigen:

1. Die Kindertagesstätte ist grundsätzlich als "Familienhaus" zu konzipieren.
2. Es sollen Plätze für Kinder von Studierenden und ggf. für Kinder von Beschäftigten der Universität bereitgestellt werden.

Zur Planung sollen umgehend Gespräche mit dem Studentenwerk, der Fachhochschule und der Universität aufgenommen werden. Es soll versucht werden, zusätzliche Förderung aus Landes- und Bundesmitteln einzuwerben.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

25. **Neuer Friedhof - Schaffung von wettergeschützten Unterstellmöglichkeiten -** **STV/0159/2006**
-

5. Wie bewertet der Magistrat die Funktionalität der Wartehäuschen (Sitzmöglichkeiten, Wetter- bzw. Regenschutz...)?

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**27. Aufstellen der Skulptur "Kraniche" STV/0171/2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2006 -**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen soll dafür Sorge zu tragen, dass die Skulptur „Kraniche“, die bis zum Abriss des Rathauses in dessen Innenhof an einem Wasserbecken gestanden hat, an einem geeigneten Standort aufgestellt wird; hierbei muss es sich um eine weite Fläche handeln, eventuell am Rande eines Gewässers.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**28. Kostenfreies letztes Kindergartenjahr STV/0151/2006
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:

1. Bis zur Vorlage des Entwurfs des Haushaltes 2007 eine Kostenberechnung vorzulegen, aus der die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt ab dem Jahr 2007 für den Fall eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres ersichtlich sind.
2. Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr 2007 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsentwurf 2007 zu berücksichtigen.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**29. Umgestaltung und Aufwertung des Katharinenplatzes STV/0160/2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -**

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Umgestaltung und Aufwertung des Katharinenplatzes umgehend in Angriff zu nehmen. Der Umbauplan, die Finanzierung und der Zeitplan soll dem Parlament bis zur nächsten Sitzungsrunde vorgelegt werden.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

- 30. Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung** **STV/0162/2006**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006
-

Antrag:

Der Ausländerbeirat der Universitätsstadt Gießen erhält ab sofort Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

- 31. Internetübertragung der Stadtverordnetenversammlung** **STV/0166/2006**
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert die technischen Voraussetzungen zur Übertragung der Stadtverordnetenversammlungen auf der Internetseite www.giessen.de zu schaffen, mit dem Ziel der live Übertragung der Stadtverordnetenversammlung.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

- 32. Vermarktung der freiwerdenden gewerblich nutzbaren Flächen im US-Depot** **STV/0167/2006**
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert mit dem Kreis Gießen darauf hinzuwirken, dass zusammen mit den Umlandgemeinden die freiwerdenden Flächen im US-Depot gemeinsam vermarktet werden. Angestrebt werden soll eine interkommunale Trägerschaft zur Vermarktung dieser Gewerbeflächen oder die Gründung einer öffentlich-privaten Entwicklungsgesellschaft.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**33. Sanierung der Außenfassade der Goetheschule STV/0168/2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, die Sanierung der Außenfassade der Goetheschule zeitnah durchzuführen.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

**34. Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen STV/0070/2006
auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.05.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Universitätsstadt Gießen aus.

1. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, durch politische Gespräche oder andere Maßnahmen Giessener Landwirte und die Verantwortlichen für die Versuchsfelder und die Versuchsstation der Universität Gießen zum generellen Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und auf die Verwendung aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellter Produkte, z.B. Futtermittel, zu bewegen.
2. Der Magistrat der Stadt Gießen wird beauftragt, die Verantwortlichen des laufenden Versuchs zum Anbau von "Gen-Gerste" auf dem Gebiet der Universität Gießen aufzufordern, diesen Versuch abzubrechen und Abstand von weiteren Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu nehmen.

Beratungsergebnis:

Bis zur Stadtverordnetensitzung am 21.09.2006 zurückgestellt.

35. Verschiedenes

Stv. Schirmer wundert sich, dass bei der Übergabe des Kommandos über das Verteidigungsbezirkskommando 47 „Hessen“ und dessen Verabschiedung aus dem Standort Gießen am letzten Mittwoch (28.06.2006) kein Repräsentant der Stadt Gießen gesprochen habe.

Oberbürgermeister Haumann widerspricht und weist darauf hin, dass er sogar bei diesem Anlass Herrn Oberst Hans-Jürgen Folkerst, Kommandeur des VBK 47 „Hessen“ die Bronzene Ehrenplakette der Universitätsstadt Gießen verliehen und in diesem Rahmen auch eine Rede gehalten habe.

Des Weiteren habe er bei dieser Gelegenheit auch angeregt, zum endgültigen Abzug der letzten Soldaten (Ende des Jahres) eine gemeinsame Feier zu veranstalten.

Nicht öffentliche Sitzung (TOP 36 - 44).

Öffentliche Sitzung:

45. Einführung und Verpflichtung der gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (§ 36 Absatz 1 HGO)

Vorsteher erklärt, dass es nach den gesetzlichen Bestimmungen seine Aufgabe sei, die neugewählten Mitglieder des Magistrats in ihr Amt einzuführen und durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben zu verpflichten.

Er führt die Stadträte in ihr Amt ein.

45.1. Aushändigung der Ernennungsurkunden an die gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Oberbürgermeister (§ 9 HBG)

Oberbürgermeister Haumann händigt den ehrenamtlichen Beigeordneten die Ernennungsurkunden aus.

45.2. Vereidigung der gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder durch den Stadtverordnetenvorsteher (§ 186 HBG in Verbindung mit § 72 HBG)

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass der von jedem Beamten, auch den Ehrenbeamten (§ 186 HBG) gem. § 72 HBG abzuleistende Diensteid vor dem Stadtverordnetenvorsteher der Stadtverordnetenversammlung abzulegen sei. Für im Landes- oder Kommundienst stehende Beamte ist die

Ablegung eines erneuten Diensteides nicht erforderlich.

Folgende Eidesformel für den Diensteid ist vorgeschrieben:

„Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltende Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“

Die Worte, „so wahr mir Gott helfe“ können auch weggelassen werden.

Den Diensteid leisten die Beigeordneten:

Stadträtin Gerda Weigel-Greilich

Stadtrat Kenneth Pukownick

Stadtverordnetenvorsteher Gail beglückwünscht die ehrenamtlichen Beigeordneten zu ihrem Amt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Gail

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Knoth